

POSTULAT von Robert Rietiker (SVP, Maur) und Bruno Kuhn (SVP, Lindau)

betreffend Liegenschaftenpolitik des Staates oder Desinvestition von Grundstücken und Immobilien

Der Regierungsrat wird gebeten, dem Kantonsrat mit einem Bericht über folgende Punkte Aufschluss zu erteilen:

1. Welche Grundstücke könnten im Sinne der Eigentumsförderung, sei dies für Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen, Genossenschaftswohnungen oder Gewerbegebäude, veräussert werden, weil längerfristig offensichtlich kein Bedarf für kantonseigene Aufgaben besteht?
2. Welche Immobilien, wie Wohnhäuser, gewerbliche Bauten etc., könnten auch im Sinne der Eigentumsförderung veräussert werden, weil diese längerfristig für Eigenbedarf nicht benötigt werden?
3. Welche Mittel könnten mittelfristig durch solche Desinvestitionen flüssig gemacht werden?

Robert Rietiker

Bruno Kuhn

Begründung:

Der Staat Zürich besitzt über den gesamten Kanton verteilt kleinere und grössere Grundstücke und Immobilien, welche für kantonsinterne Nutzungen, sei dies für verwaltungsnotwendige Bauten oder für die Pensionskasse, nicht mehr benötigt werden.

Der Regierungsrat betreibt nach wie vor die Politik des Haltens oder Hortens von Liegenschaften. Aufgrund der Antworten auf unser Postulat wird es möglich sein, diese Liegenschaftenpolitik zu diskutieren und zu bestätigen oder eventuell neue zukunftsweisende Strategien zu entwickeln, welche nebst der Förderung des Eigentums auch finanzpolitische Auswirkungen aufzeigen könnten.